



Nachrichten

Unabhängige
Wählergemeinschaft
Georgsmarienhütte



Supermarkt Alt-GMHütte: Bürgerbeteiligung nein danke!

Bei der Aufstellung eines Bebauungsplanes muß ein Stadtrat alle vorgebrachten öffentlichen und privaten Argumente sorgfältig abwägen. Wenn dies durch vorher erfolgte Abmachungen und Verträge nicht möglich war, ist der Bebauungsplan nichtig.

Bei der Bürgeranhörung am 15. 3. zum Bebauungsplan "Haseldehnen/Parkstraße", mit dem im jetzigen städtischen Bauhofgelände / Steinbruch ein Geschäftszentrum ermöglicht werden soll, fragten denn auch mehrere Bürger, ob an den Plänen überhaupt noch ir-

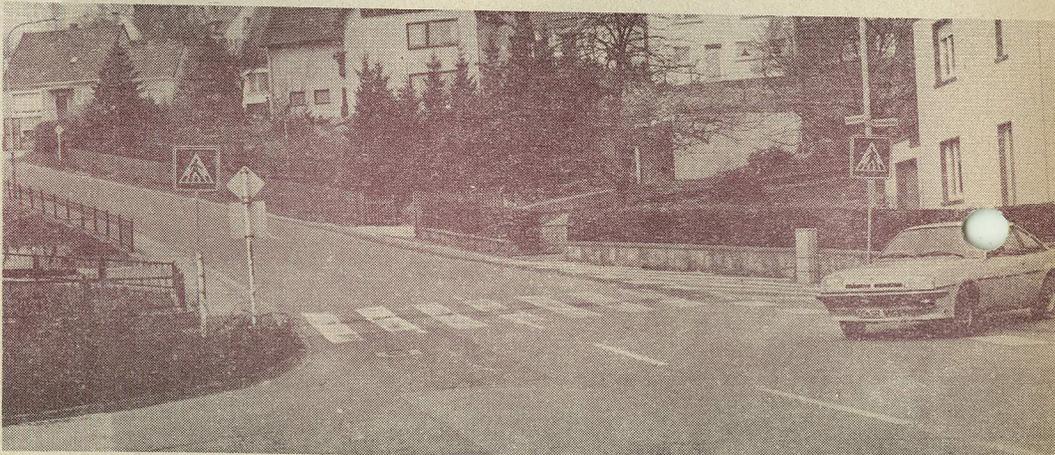
gendetwas zu ändern sei - bei den Gerüchten, die man höre und dem Hinweisschild, das so demonstrativ aufgestellt sei. Auf die Frage eines Erschienenen, wer den Supermarkt betreiben wolle, hüllte sich Bauamtsleiter Becker in Schweigen: Ihm sei davon nichts bekannt.

Die Antwort brauchte auch nicht gegeben werden, die Bürger wußten es, so wurde nach der Sitzung deutlich, schon selbst: Die Firma des CDU-Ratsherrn Dütmann. Die Bitte der Bürger an UWG-Ratsherr Bartelt, ihnen das zu bestätigen,

konnte er offiziell nicht beantworten: Er selbst habe zwar mehrfach in Sitzungen nach dem Namen des Betreibers gefragt, aber sowohl Verwaltung als auch CDU-Seite hätten geantwortet, man wisse davon ebenfalls nichts. Der unbefangene Bürger fragt sich hier doch: Was soll dies Katz- und-Maus-Spiel, gibt es etwa Dinge zu verbergen?

Zur Sache: Seit Jahren will die Stadt zur Bereicherung von Alt-GMHütte ein Geschäftszentrum errichten. Der dort bisher noch befindliche Bauhof braucht also einen neuen Standort. Der wurde gegenüber der Toreinfahrt von Rittergut Osthoff gefunden. Nur: Die Stadt konnte die dafür insgesamt notwendigen 2,5 Mio. DM nicht aufbringen. Idee der CDU: Leasingverfahren. Nun wurde die Vergabe dieses Projektes nicht etwa öffentlich ausgeschrieben, sondern man setzte sich mit der stadtbekanntesten Firma MBN zusammen. Dann geschah etwas Interes-

santes: Auch der zukünftige Betreiber des Supermarktes schob die Fa. MBN als Käufer vor. Und der Stadtrat faßte dann im vergangenen Herbst einen Doppelbeschluss: Der alte Bauhof an der Hindenburgstraße wird "an MBN" zur Errichtung eines Supermarktes verkauft, und MBN errichtet im Auftrage der Stadt den neuen Bauhof in der Osterheide. Man muß zugeben: Dahinter steckt ein raffinierter Kopf! Mittlerweile wird bereits an der Errichtung des neuen Bauhofs gearbeitet - doch: Was ist, wenn der Supermarkt wegen möglicher Einsprüche der Bürger oder der Träger öffentlicher Belange in Gefahr gerät? Dann wären die 2,5 Mio. DM für den neuen Bauhof zum Fenster hinaus geworfen. Um das zu verhindern, muß der Plan eben unter allen Umständen durchgesetzt werden. Dieser Sachzwang - von der Stadt durch das Kombinationsgeschäft selbst verschuldet - kann zur Ungültigkeit des Bebauungsplans führen.



Wird bei dieser ganzen Planung auch an die Schulkinder gedacht? Erhöhtes Verkehrsaufkommen macht diesen Schulweg nicht sicherer. Dieser Zebrastreifen ist im Winter schon jetzt eine große Gefahrenquelle. Bei vereister

Fahrbahn rutschten gleich reihenweise Autos, Mopeds und Fahrräder beim Abbremsen über die Kreuzung. Etlliche Radfahrer trugen Verletzungen davon, und gefährdeten außerdem die wartenden Schüler.

reuiger Sünder zu ...

Bisher fünf Millionen DM Bußgeld gezahlt - Weiterer Personalabbau

Von unserem Redakteur Siegfried Sachse

Duisburg (Eigenbericht). — Noch vor einem Jahr schien es so, als hätten die Klöckner-Werke nur geringe Überlebenschancen. Trotz des Dementis von Vorstandssprecher sich hartnäckig die Gerüchte über einen drohenden Kollaps des Konzerns. Da war von ernsthaften Liquiditätsproblemen ebenso die Rede wie von einem „Tod auf Raten“. Inzwischen zeigt sich jedoch, daß die Pessimisten zu schwarz gesehen hatten. Das Unternehmen strotzt zwar nicht vor Gesundheit, aber totkrank ist es nun auch wieder nicht.

Die Chancen stehen jedenfalls nicht schlecht, daß Klöckner auch künftig ein ernsthafter Konkurrent für die übrigen Unternehmen der Branche sein wird. Natürlich müssen noch einige Hindernisse aus dem Weg geräumt werden. Dies gesteht auch Klöckner-Chef Herbert Gienow freimütig ein. Wörtlich meinte er auf der Jahrespressekonferenz in Duisburg: „Einige große Probleme haben wir gelöst, bei anderen sind wir der Lösung nähergekommen.“ Nach Meinung des Vorstandsvorsitzenden sind „weitaus Kapazitäts- und Kostenabbau im Stahl unter Einsatz Technologien bei gleichzeitigen Festigen des technologischen Spitzenstandes unserer Verarbeitung und gezielter fortgeführter Diversifizierung die denkbar besten Grundlagen für eine erfolgreiche Zukunft des Unternehmens auch oder gerade in der immer noch schweren Zeit“.

Im Klartext heißt dies: Auch weiterer Personalabbau. Nachdem die Zahl der Beschäftigten bei der AG und der Maxhütte bereits im Geschäftsjahr 1982/83 (30. September) vornehmlich im Stahlbereich um elf Prozent reduziert wurde, ist bei den Klöckner-Werken im laufenden und im kommenden Geschäftsjahr eine weitere Verringerung um rund 5000 Mitarbeiter vorgesehen. Allein dadurch erhofft sich der Vorstand eine finanzielle Entlastung von 220 bis 250 Millionen DM im Jahr.

Ausschnitt aus der NOZ vom 22. März 1984

Klöcknersituation

Der Beschluß der Konzernleitung, den Stahlstandort GMHütte zu erhalten, auf einen Teil des bisherigen Programms zu verzichten und dafür hier eine neue Stranggußanlage zu bauen, hat eine Reduzierung des Personals auf 1850 Arbeitnehmer zur Folge. Die Finanzierung des Stranggußscheint gesichert, wenn auch die Bundes- und Landesanteile noch nicht ganz unter Dach und Fach sind.

Für die Nachrüstung des KS-Werkes sind in diesem Jahr mehrere Mio. DM vorgesehen. Die UWG hofft, daß damit auch die unerträglichen Emissionen des KS-Ofens eingedämmt werden.

Nach Angaben von Vorstandsmittglied Friedrich Haffner sind von der weiteren personellen Abspeckung alle Bereiche betroffen. Allein 3000 Mitarbeiter sollen im Stahlsektor eingespart werden. Massenentlassungen wird es aber nicht geben. Im Walzwerk der Georgsmarienhütte soll die Zahl der Walzstraße „binnen kurzem“ von fünf auf drei verringert werden.

Gienow beurteilte die weitere Entwicklung für die Branche, aber auch für „sein“ Unternehmen gedämpft optimistisch. Der Klöckner-Chef sieht in vielen Bereichen ein deutlich verbessertes Umfeld, aber unter Hinweis auf bestehende Unsicherheiten lehnte

Geld :

Die Auseinander der EG-Kommission der Existenz Bremer Hütte tonte der Stichworte „sicheren“ oder System“ nicht den Eigenen „wir hätten zurückgekehrt“ käufe, sion

Ostermarsch 1984

Die UWG lädt alle Bürger ein zum diesjährigen Ostermarsch. Er setzt sich u.a. ein für die Einleitung von Abrüstungsmaßnahmen in Ost und West und für die Wiederaufnahme der abgebrochenen Gespräche. Der Ostermarsch beginnt am Ostersonntag um 9.30 Uhr am Marktplatz in Kloster Oesede.

Seit Ende des Jahres 1982 gibt es den Initiativkreis "Atomwaffenfreie Zone Georgsmarienhütte". In dieser Gruppe haben sich 20-40 Personen aus verschiedenen politischen und kirchlichen Verbänden aus Georgsmarienhütte zusammengeschlossen, um Ostermärsche zu organisieren und die Idee einer Atomwaffenfreien Zone Georgsmarienhütte zu verwirklichen. Im vergangenen Jahr haben wir hierzu einen Bürgerantrag formuliert und über 1300 Unterschriften dafür gesammelt, der den Rat der Stadt auffordert, das Stadtgebiet zur Atomwaffenfreien Zone zu erklären. Dieser Antrag wird in der Ratssitzung am 4. April behandelt werden.

Ebenfalls im letzten Jahr fand der erste Georgsmarienhütter Ostermarsch unter guter Beteiligung der Bevölkerung statt. Und da inzwischen die Kriegsgefahr nicht ab-, sondern im Gegenteil durch die begonnene Stationierung neuer Mittelstreckenraketen in der Bundesrepublik eher noch zugenommen hat, veranstalten wir in diesem Jahr den

Für ein atomwaffenfreies Europa 2. Georgsmarienhütte Ostermarsch

am Sonntag, dem 22. April 1984

Wir wollen mit diesem Ostermarsch dafür demonstrieren, daß gerade nach der Stationierung der neuen Raketen endlich ernsthafte Schritte unternommen werden, die Kriegsgefahr zu vermindern und wirkliche Abrüstung in Ost und West zu erreichen. Die bislang hohle Phrase der Bundesregierung "Frieden schaffen mit immer weniger Waffen" muß endlich in konkrete Politik umgesetzt werden!

K&K

erschwert Betriebsratswahlen

Bei K&K in Oesede wurde schon vor 2 Jahren die Initiative der Beschäftigten zur Wahl eines eigenen Betriebsrates niedergehalten. Jetzt, da es die Kollegen erneut anpackten, haben sie sich besser vorbereitet. Trotzdem von der Geschäftsleitung vorgenommene Versetzungen von 2 Kollegen in andere Filialen, sogar fristlose Entlassungen - dann umgewandelt in "Sonderurlaub", konnten es nicht mehr verhindern: Am 5. April wird gewählt!

Vorher jedoch wird sich das Osnabrücker Arbeitsgericht mit Klagen von K&K-Angestellten gegen die Geschäftsleitung wegen erneuter Behinderungsversuche befassen. Und davon gibt es nicht wenige, wie CAJ-Veröffentlichungen zeigen (s. CAJ-Zeitung "action" vom April 84). Auch ein NOZ-Bericht war in Vorbereitung; dieser wurde jedoch von Redakteur Kruse abgelehnt, "um nicht in ein schwebendes Verfahren einzugreifen"...

Johannes Bartelt

Frauen aktiv

Ich treffe manchmal noch auf Staunen und Verwunderung, wenn ich darauf hinweise, daß 10% der Rats"herren" Frauen sind (4 von 39). Viele Jahre gab es in Gmhütte nur eine Frau im Rat, eigentlich erstaunlich, bei der großen Zahl weiblicher Stimmberechtigter. Trauen die Frauen den Frauen nichts zu? Dabei wäre es manchmal sehr nötig, einige Dinge "mit den Augen einer Frau" zu sehen.

Hier möchte ich heute von aktiven Frauen berichten. - Sicher gibt es in unserer Stadt sehr viele, die meisten allerdings arbeiten in Haushalt und Beruf, voll ausgelastet und ohne aufzufallen.

Wußten Sie schon, daß es eine ökumenische Frauengruppe der Christlichen Krankenhaushilfe in GMHütte gibt? Seit etwa 5 Jahren arbeiten etwa 20 Frauen ehrenamtlich in dieser Gruppe. Jeweils zwei Frauen besuchen täglich die Kranken im Stadtkrankenhaus, vormittags von 9 bis 12 Uhr. Sie

hören den Kranken zu, fragen nach Wünschen, die über den Bereich der medizinischen Versorgung hinausgehen und machen dringende Besorgungen, wenn Patienten wenig oder keinen Besuch bekommen. Der Kontakt mit den Patienten unterliegt der Schweigepflicht. Für den folgenden Tag wird schriftlich hinterlassen, welche Zimmer und Patienten besucht sind; die dann diensttuenden Frauen setzen die Besuche fort, so daß regelmäßig in allen Zimmern im Abstand von einigen Tagen die Frauen erscheinen. An Festtagen gibt es kleine Überraschungen. Einmal im Monat trifft sich die Gruppe zur Aussprache, manchmal mit einem Krankenhauseelsorger; es gibt auch schon mal ein Tages- oder Wochenendseminar, an dem sich dann auch eine Gruppe aus einer anderen Stadt beteiligt. Grundlage dieser Arbeit ist eine gute Zusammenarbeit mit der Pflegedienstleitung, die in GMHütte besteht.

Angela Niemeyer

AUS DEN AUSSCHÜSSEN

1. Planungsausschuß

In der Ratssitzung am 4. 4. soll die 4. Änderung des Flächennutzungsplanes verabschiedet werden. Er ist Voraussetzung z.B. für die Bebauungspläne Oeseder Esch - Ost, Hohe Linde, Heinrich-Schmedt-Straße (ca. 180 Wohneinheiten) und die Planung von Regennrückhaltebecken. Die UWG stimmt gegen die Änderung, weil in anderen Baugebieten noch Platz für ca. 200 Wohneinheiten ist. Hinsichtlich des Baugebietes Oeseder Esch West, das von der UWG befürwortet wird (110 Wohneinheiten), hat die UWG die Verwaltung

aufgefordert, mit den Eigentümern preislich so zu verhandeln, daß die Grundstückskosten für Normalverdiener noch erschwinglich sind. Merkwürdigerweise ist hierüber bisher im Rat noch nicht beschlossen worden, obwohl der Plan kurz vor dem Abschluß steht.

Die Bebauung im Esch-Ost durchzusetzen, dürfte der CDU sehr schwer fallen, da die Landwirtschaft hiergegen schärfstes Geschütz aufgefahren hat. Man hat den Eindruck, daß es der CDU hier auch nicht in erster Linie um städtebauliche Anliegen geht.-

Auch beim Gebiet **Hohe Linde** hat es kurz vor der Ratssitzung noch einige Einsprüche gegeben. Die UWG meint, daß der Ratsbeschluß, die Straße auf der Kuppe insgesamt westlich der Linde zu führen, unnötig weit in Privatgrund eingreift; weiterhin befürchten wir, daß starke Unfallgefahren entstehen, wenn die Straße, zwischen Brörmann / Dreckmann beidseitig der Bäume geführt und der Verkehr dadurch beschleunigt wird.

Nach anfänglicher Zustimmung wendet sich nun auch die SPD gegen eine weitere Bebauung entlang der **Heinrich-Schmedt-Straße**. Wegen starker Widersprüche aus der Landwirtschaft wird überlegt, alternativ möglicherweise eine Fläche desselben Eigentümers nördlich der Wellendorfer Straße als Bauland auszuweisen.

"Hurra" konnten endlich einmal die Freunde eines behutsamen Bauens sagen. Alle Fraktionen waren sich einig, daß die bisher im Klöcknerbesitz befindlichen Hinterhöfe an der **Lindenstraße** und im **Patkegarten** als Kleingärten erhalten bleiben sollen.

Heinrich Bartelt

2. Bauausschuß

Die im Nds. Kommunalabgabengesetz (NKAG) den Gemeinden als Soll angebotene **Straßenausbaubeitragsatzung** wurde in der letzten Ratssitzung wider Erwarten nicht verabschiedet. Die CDU nahm den Entwurf von der Tagesordnung, da es starke Bedenken von den Landwirten gibt. Nach Meinung der UWG sollte man auch aus mehreren anderen Gründen darauf verzichten, für die Erneuerung von Gemeindestraßen mit Fußwegen / Parkanlagen / Beleuchtung, für den Neubau von Straßen im Außenbereich und für Verkehrsberuhigung nachträglich Beiträge zu erheben: Die Satzung ist bei sparsamer Haushaltsführung nicht

notwendig, im Kostenverteilungsmaßstab liegen viele Ungerechtigkeiten, eine wirkungsvolle Mitentscheidung der Anlieger über die von ihnen gewünschte Fahrbahnqualität ist nicht möglich, und bereits heute genehmigte Ausnahmen führen zu einer Ungleichbehandlung der Bürger.

Schneller als von den betroffenen Fußgängern und Radfahrern erwartet werden konnte, wurde nun der Beschluß zum Ausbau der **Schul- und Brückenstraße** gefaßt. Die Schulstraße wird 5,50 m mit beidseitigem Bürgersteig (westlich 1,50 m, Schulseite 1,75 m bzw. 2,75 m bei Finanzierungsmögl.), die Brückenstraße 4,50 m mit einem durch 1,00 m Grünstreifen getrennten Rad-/Fußweg von 2 m auf der Südseite. Nur: Wenn die NKAG-Satzung in der vorgesehenen Form verabschiedet wird, dürfte es Schwierigkeiten mit dem Grunderwerb geben. Ein Antrag der UWG, als Sofortmaßnahme die Höchstgeschwindigkeit auf 50 km/h zu begrenzen, scheiterte an der Verkehrsschau, in der seitens der Parteien nur CDU und SPD vertreten sind.

Ein Hinweis des Wasserwirtschaftsamtes und eine daraufhin erfolgte Erhebung ergaben, daß der **Schmutzwasserhauptsammler** von der Kläranlage bis zum Abzweig Harderberg und von dort bis zur Bebauung Harderberg überlastet ist. Bei starkem Regen füllte sich auch bereits der Wendeplatz an der Weißdornstraße mit einem Regen-/Schmutzwassergemisch. Nach den Bauausschußberatungen hat der Verwaltungsausschuß eine Klärung dieses Problems veranlaßt. Nach Bebauung der Hohen Linde ist ebenfalls die Schmutzleitung Richtung Kloster Oesede überlastet. Gelder zum Ausbau stehen noch nicht zur Verfügung. In einem Gespräch mit Landwirten über die **Dütebelastung**, zu dem CDU und SPD, nicht aber UWG eingeladen waren, versprach der

Bürgermeister, nicht eher mit der Bebauung weiterer Gebiete zu beginnen, bis die Regenrückhaltefrage geklärt sei. Nach Aussage des Landkreises müssen 300.000 m³ fast ausschließlich dafür geschaffen werden, den Wassermehrabfluß durch alte Baugebiete auszugleichen. Nach Ratsbeschluß sollen zunächst aber nur ca. 170.000 m³ angestrebt werden. Kostenpunkt pro m³ ca. 20 DM. Im Haushalt dieses Jahres sind dafür aber nur 250.000 DM angesetzt...

Bei der **Verkehrsberuhigung Harderberg** wird weiterhin auf Zeit gespielt. Ein Vorschlag ("Schleifenstraßensystem") - von den Bürgervertretern bereits im Mai 83 abgelehnt - wurde von der Verwaltung neu aufgewärmt. In der CDU halten sich die Gegner und Befürworter der Verkehrsberuhigung die Waage. Aber die Mehrheit scheint zu hoffen, daß die Bürger ihren Wunsch nach mehr Verkehrssicherheit fallenlassen, wenn sie aufgrund der neuen NKAG-Satzung (s.o.) dafür selbst bezahlen müssen.

Popfestival

Wie durch eine Anfrage beim städtischen Jugendpfleger zu erfahren war, steht noch nicht fest, ob in diesem Jahr ein Popfestival stattfinden kann. Zwar versicherte Hans-Herman Trebbe, daß der Wille da sei, das Festival durchzuführen, konkrete Zusagen aber zur Zeit noch nicht gemacht werden könnten, weil es wegen Termin- und Finanzschwierigkeiten noch nicht gelungen sei, eine Hauptgruppe für die Veranstaltung zu finden. Die Bemühungen liefen aber noch weiter, und der Stadtjugendpfleger sei für brauchbare Vorschläge sehr dankbar. Wer also einen "heißen Tip" hat, sollte sich umgehend direkt an ihn wenden.

Trotz der Aussage, den Modellversuch **Verkehrsberuhigung Oeseder Straße** zunächst nur 1 Jahr laufen zu lassen, ist nun bald schon das 3. Jahr voll. Das dokumentiert sicherlich die Schwierigkeit, die Interessen der Geschäftsleute und Anwohner unter einen Hut zu bekommen, sicher aber auch die Unentschiedenheit der CDU zum Problem Verkehrsberuhigung überhaupt. Nun wurde ein Ideenwettbewerb ausgeschrieben, mit dessen Ergebnissen der Knoten durchgeschlagen werden soll. Ob am Ende der Plan einer Fußgängerzone steht?

Die **Privatisierung** ist dem Bürgermeister und nach ihm auch der gesamten CDU offenbar zu Kopf gestiegen: Jetzt sollen auch die Friedhöfe Harderberg und Kloster Oesede an die Kirchengemeinden abgegeben werden, obwohl sie den Friedhofsgebührendurchschnitt durch Überschüsse dämpfen. Sollte der Plan durchkommen, müssen die Gebühren für die anderen Ortsteile angehoben werden...

Heinrich Bartelt

Schrebergärten lassen auf sich warten...

Am 9. 11. 83 beschloß der Planungsausschuß, das Verfahren zur Ausweisung der städtischen Flächen am Wiesenbach als Kleingartengebiet einzuleiten, sobald Geld da ist. Obwohl seit Anfang des Jahres die Mittel bereit stehen, setzten weder Verwaltung noch die Fraktionen das Thema auf eine der drei ersten Planungsausschußsitzungen dieses Jahres. Die ca. 100 Interessenten müssen sich also in Geduld üben, oder?

Schadstoffe im Privatbrunnen? Baumpflanzaktion

Bis Ende September bietet der Landkreis allen privaten Brunnenbesitzern eine Untersuchung der Wasserqualität an. Kostenpunkt: 20 DM. Interessenten wenden sich an den Landkreis / Herrn Düsing: Tel. 0541 - 501 2110.

Schulausschuß

In den letzten Jahren hat sich verstärkt eine Abwanderung der Schüler von GMHütter Grundschulen, besonders aus Kloster Oesede (aber auch Harderberg und Holzhausen), zu einer Orientierungsstufe und Hauptschule in Osnabrück ergeben. Sollte diese Tendenz anhalten, so könnte der Fortbestand der Orientierungsstufe mit Hauptschule Kloster Oesede auf Dauer gefährdet sein. Der Schulausschuß ist sich einig, daß diese Entwicklung aufgehalten werden muß.

Umweltausschuß

In der ersten Sitzung des Umweltausschusses in diesem Jahr wurde beschlossen, in der Stadtverwaltung von GMHütte Umweltschutzpapier zu verwenden. Nach einem halben Jahr sollen die gemachten Erfahrungen ausgewertet werden.

Einsatz von Streusalz

Nachdem der Einsatz von Streusalz bereits im letzten Jahr reduziert worden war, beschloß der Umweltausschuß, zum Schutz des städtischen Grüns kein Salz mehr auf Fuß- und Radwegen zu verwenden, für die die Stadt zuständig ist. Desweiteren sollen auch die GMHütter Bürger in Zukunft nicht mehr mit Salz streuen, sondern ihren Gehweg mit anderen Mitteln schnee- und eisfrei halten.

Jutta Keil

Wie schon in den vorherigen Jahren veranstaltete die Katholische Junge Gemeinde (KJG) Kloster Oesede auch in diesem Jahr wieder eine Tannenbaumaktion. Gegen eine Spende wurden von vielen Kloster-Oesede-Bürgern die ausgedienten Weihnachtsbäume abgeholt. Auf diese Weise kamen ca. 1300 DM zusammen, die nun für neues Grün ausgegeben werden sollen: So wird die KJG in Zusammenarbeit mit der Stadtverwaltung in Kloster Oesede eine Aktion durchführen, bei der auf 15-20 geeigneten öffentlichen Flächen junge Bäume gepflanzt werden sollen. Wenn diese Maßnahme auch nur ein schwacher Trost sein kann angesichts des immer bedrohlicher werdenden Baumsterbens in unseren Wäldern, ist sie doch ein nachahmenswerter Beitrag, Georgsmarienhütte wieder mehr zu einer "Stadt im Grünen" zu machen!

Impressum:

UWG NACHRICHTEN

Informationsblatt der Unabhängigen Wählergemeinschaft Georgsmarienhütte

Anschrift der Redaktion:

Jürgen Heinze
Am Wiesenbach 14
4504 Georgsmarienhütte

Auflage: 9.000

Namentlich unterzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der gesamten Redaktion wieder.

Redaktionsschluß: 18. März 1984.



FC Vorwärts

Am 18. November wurde mit dem "Friedens-Club Vorwärts" ein neuer Sportverein in Georgsmarienhütte gegründet. Man wird sich vielleicht fragen, warum die Neugründung eines Sportvereins erfolgte, wo es doch schon ein relativ großes Angebot in den einzelnen Ortsteilen gibt. Der FC Vorwärts will nach eigener Aussage eine Alternative sein zu den großen Vereinen, die mittlerweile eine so starke Lobby haben, daß es in den letzten Jahren für unabhängige Sportgruppen kaum noch möglich war, Sporthallenplätze zu bekommen, da diese fast vollständig unter den Vereinen geteilt wurden. Im FC Vorwärts soll der Schwerpunkt - im Gegensatz zu der Gewichtung in den großen Vereinen - auf der Förderung des Breitensports liegen und vor allem freien Sportgruppen die Möglichkeit geboten werden, zu feststehenden Terminen in einer Halle eine Sportart ihrer Wahl auszuüben. Außerdem sollen Leistungs- und Hobbysportler gleichberechtigt bei der Verteilung der zustehenden Übungsmöglichkeiten behandelt werden, d.h. keine Konzentration in Richtung Leistungssport stattfinden. Natürlich ließ das Echo der

etablierten Sportvereine nicht lange auf sich warten. Im FC Vorwärts sieht man anscheinend eine Gefahr für die mittlerweile monopolartige Stellung in GMHütte. In einem Schreiben an die UWG-Ratsfraktion befürchteten die Vereine bei Neugründungen "eine unnötige Gefährdung der Koordinierungen von Sportangeboten und räumlichen Möglichkeiten" und betonten, daß sie "jederzeit bereit zu Gesprächen über Neuaufnahmen von einzelnen Interessierten ebenso wie größeren Gruppen" bereit wären, obwohl schon heute "alle Vereine steigende Zahlen der aktiven Sportler zu verzeichnen haben" und "Übungsmöglichkeiten ... immer knapper" werden. Diesen offensichtlichen Widerspruch in der Argumentation gegen den FCV konnten die Vereine bislang noch nicht ausräumen. Die UWG wird sich in der nächsten Zeit mit diesem Thema beschäftigen und eine Stellungnahme zu dem Vorgang erarbeiten. Für Interessierte hier noch die Kontaktadresse des FC Vorwärts:

Hermann Raufhake
Rosenplatz 1
4504 Georgsmarienhütte

Jürgen Heinze

Frederiks Hoff

Einen dicken Klopfer leistete sich die GMHütter CDU in Sachen Kongreß-Hotel Frederiks Hoff: In der Novemberausgabe wurde das Projekt auf den ersten Seiten ganz groß vorgestellt mit dem voraussichtlichen Eröffnungsdatum Anfang Dezember 1984. Aber schon einige Wochen zuvor war die endgültige Beschlußfassung von der Tagesordnung des Rates abgesetzt worden. Bis Ende des Jahres sickerte durch, daß es dem Investor nicht gelungen sei, die Finanzierung "auf die Beine" zu bekommen. In der NOZ war von der neuen Entwicklung nichts zu lesen. Die verblüffte Öffentlichkeit - sonst von der NOZ in Sachen Frederiks Hoff reichlich informiert - fragte sich, warum denn nun nicht mit dem Bau begonnen werde. Ich habe deswegen am 18. 1. im Verwaltungsausschuß den Antrag gestellt, man möge die Bürger doch über die veränderte Situation informieren. Die Mehrheit lehnte ab.

Einen Monat später wurde der Rat informiert, daß Herr Heede wegen der Finanzierungsschwierigkeiten eine Reduzierung seines Bauvorhabens beabsichtige. Die Realisierungschancen scheinen trotzdem eher skeptisch beurteilt zu werden. Sterben auf Raten?

Die UWG stellt noch einmal klar, daß sie sich grundsätzlich für den Bau des Kongreßhotels ausgesprochen hatte, allerdings unter mehreren Bedingungen: Es wird ein ausführlicher Einblick in die Projekt-/Finanzierungsunterlagen gewährt, und es erfolgen keine Nebenabreden und Sondervergünstigungen. Im Nachhinein muß ich sagen: Die Ratsmitglieder wurden so gut wie gar nicht über die finanzielle Seite informiert; ich fühlte mich zum Schluß nicht in der Lage, dazu eine verantwortliche Entscheidung zu fällen. Weiterhin waren so viele Nebenabre-

den mit dem Grundeigentümer im Raum (z.B. Geschäftszeile auf dem Möllerhof), daß ich ein "Ja" vor der Allgemeinheit nicht mehr hätte rechtfertigen können.

Ich hoffe nur, daß diese Dinge bei einer Neuauflage des Frederiks Hoff vom Tisch sind!

Heinrich Bartelt

Programm der UWG zur Bürgernähe

Die UWG erarbeitet derzeit ein Programm zur Verbesserung der Beteiligung der Bürger am kommunalen Geschehen in GMHütte. Ein wichtiger Punkt, der im Rat bereits erfolgreich behandelt wurde, ist die Beibehaltung der generellen Öffentlichkeit der Ausschusssitzungen. Obwohl Bürgermeister Siepelmeyer schon vorher für eine Einschränkung der heute gültigen Regelung eingetreten war, fand er in seiner Fraktion keine Mehrheit. Der VA schickte einen Antrag auf den Weg nach Hannover, bei den Beratungen zur Änderung der Gemeindeordnung die generelle Öffentlichkeit bestehen zu lassen, allerdings auch bei Wahlen das Stimmverteilungssystem d'Hondt wieder einzuführen, das die großen Parteien begünstigt. Für die Ratssitzung vor der Sommerpause wird die UWG ein Antragspaket vorbereiten, das Aussagen trifft zur Einführung von Verwaltungsnebenstellen, Bürgerfragestunden, tel. Sprechstunden mit Rats- und Verwaltungsvertretern, sowie zu verschiedenen weiteren Einzelmaßnahmen.

Abholzung Grünstreifen Malbergen

Am 15. 8. 83 beschloß der Bauausschuß einstimmig den Verkauf eines Grundstücks neben der alten Malberger Schule zur Errichtung einer Schießanlage an den Malberger Schützenverein. Auf meine Frage, was mit dem Grünstreifen rund um das Grundstück geschehe, antwortete die Verwaltung, das stehe zu diesem Zeitpunkt überhaupt noch nicht zur Diskussion, darüber werde später im Rahmen des Bebauungsplanverfahrens entschieden. Voraussichtlich aber sollten die Gehölzstreifen im Westen und Osten des Grundstücks erhalten bleiben, wobei die südliche Einrahmung evtl. wegen einer Bebauung gefällt werden müsse. In einer Vorlage der Verwaltung war im übrigen deutlich zu sehen, daß das geplante Schützenhaus einen ausreichenden Abstand zum östlichen Grünstreifen einhalten würde. Niemand im Bauausschuß ließ erkennen, daß er ein Interesse an der Beseitigung dieses Ortskern Malbergen prägenden Grünstreifens hätte. Also wäre es eigentlich selbstverständlich gewesen, diese klare Haltung auch in die Grunderwerbsverhandlungen mit dem Verein einzubringen. Aber weit gefehlt. GMHütte hat nun mal sehr selbständige Verwaltungsbeamte. Der stellvertretende Stadtdirektor Middelberg machte den Malberger Schützen deutlich, daß der fragliche Streifen ruhig fallen dürfte - exakt das Gegenteil der Meinung von Bauausschuß und Bauabteilung.

Am Samstag, den 19. 11. wurde der östliche Grünstreifen (40 x 5 m) durch Schützenverein und Feuerwehr beseitigt. Auf meine empörte Frage an die Feuerwehr, warum hier mit städtischen Mitteln gegen die Meinung eines städtischen Ausschusses gearbeitet worden sei, wurde gesagt, die Feuerwehr habe sich auf die Aussage des Schützenvereins verlassen, daß eine Genehmigung seitens der Kreisnaturschutzbehörde vorliege. Eine Anfrage beim Kreis ergab aber, daß gar keine Genehmigung ausgestellt worden war. Man habe die Stadt am Tag vor der Abholzung lediglich über die rechtliche Situation aufgeklärt. Am Tag zuvor!

Am Tag zuvor hatte nämlich ein Malberger Bürger bei der Stadt gegen die bevorstehende Abholzung protestiert. Erst daraufhin, als die Fälltrupps für den folgenden Morgen schon längst bestellt waren, bequeme sich die Stadtverwaltung, sich mit der Sache zu befassen.

Sieht so der Umweltschutz in einer "Stadt im Grünen" aus?

Der Umweltausschuß beschloß am 11. 1. als Empfehlung an den Planungsausschuß, zumindestens nun den südlichen Gehölzstreifen zu erhalten und einen neuen Streifen an der östlichen Seite anzupflanzen.

Heinrich Bartelt

Wußten Sie schon, daß...

- ... die nächste Sondermüllaktion am Freitag, den 11. 5. von 10 bis 18 Uhr auf dem Kirmesplatz Oesede stattfindet?
- ... bei der 1. Sondermüllaktion 500 Bürger 3,59 t und bei der 2. Aktion 642 Bürger 4,14 t gefährliche Stoffe abgaben?
- ... durch Bebauung in Niedersachsen jährlich 12.600 ha landwirtschaftliche Fläche verlorengehen?
- ... Bundespräsident Carstens zu "radikalem Umdenken" aufgerufen hat, um die Bedrohung des Menschen durch die Zerstörung der Natur zu stoppen?
- ... Umweltausschußmitglied Ludw. Siepelmeyer seit Mitte letzten Jahres nicht mehr zu den UWS-Sitzungen erscheint und sogar die Abschaffung des Ausschusses im Sinn hat, obwohl er im Wahlkampf "Umwelt" als sein Interessengebiet angab?
- ... für den Plan der nicht realisierten Mehrzweckhalle über 500.000 DM "in den Sand gesetzt" wurden?
- ... Papst Johannes Paul II. die Wissenschaftler aus aller Welt aufgefordert hat, "aus den Laboratorien des Todes zu desertieren und Werkstätten des Lebens zu gründen"?
- ... die Stadt GMHütte nichts unternommen hat, um die Stilllegung des Personenzugverkehrs zwischen Osnabrück und Dissen ab dem 3. 6. 84 zu verhindern?
- ... die geplante Verlegung der B 51 in Oesede-Süd wahrscheinlich das Hauptthema des nächsten GMHütter Kommunalwahlkampfes wird und sich die Oeseder SPD nun eindeutig gegen eine Verlegung bekannt hat?
- ... der Bürgersteig in der Holsten-Mündruper Königsbach-Siedlung letzten Herbst zur Zufriedenheit der Anwohner wiederhergestellt wurde?
- ... zur Realisierung (oder Verhinderung?) des Klöckner-Fernwärme-Projektes von der Stadt ein neues Gutachten bestellt wurde?
- ... für dieses Jahr wieder eine Düteuferbegradigung geplant ist, und zwar zwischen Langstücks- und Mühlenweg?
- ... der Tacho des funkelneuen Dienstfahrrades, das die UWG der Stadtverwaltung zu Weihnachten schenkte, mittlerweile schon 7 km aufweist?
- ... der Vogelschutzbund mit versch. Krötenfangzäunen im vergangenen Jahr 2538 Kröten, Frösche und Molche vor dem Überfahrenwerden schützte?
- ... bei der bayrischen Kommunalwahl am 18. 3. viele UWGs gegen die zumeist regierende CSU angetreten sind, u.a. eine reine Theologen-UWG der Benediktiner-Abtei Münster-schwarzbach?
- ... nach einem Urteil des Verwaltungsgerichtes Frankfurt Schwangere nicht an Bildschirmgeräten arbeiten dürfen, um eine Schädigung des Embryos durch Strahlen zu vermeiden?
- ... bis zum Beginn des neuen Schuljahres die Dröperaner Kreuzung bei Heuer/Vinke durch einen beidseitigen, hochbordigen Radweg verengt werden soll?
- ... für die Verbesserung des Regenwasserabflusses "Im Mündrup" im Laufe des Jahres für ca. 15.000 DM ein neuer Kanal gebaut werden soll?